

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Jahresbericht 2023



Herausgeber

Schweizerischer Städteverband SSV
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 356 32 32
twitter: @staedteverband
info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch

Bilder

Rolf Siegenthaler, Bern

Layout

Atelier KE, Meiringen

Druck / Impression

Vögeli AG Marketingproduktion & Druck, Langnau



Höchster Standard für Ökoeffektivität.
Cradle to Cradle Certified™-Druckprodukte
hergestellt durch die Vögeli AG.
Bindung ausgenommen.

Cradle to Cradle Certified™
is a certification mark licensed by
the Cradle to Cradle Products
Innovation Institute.

Inhalt

Der SSV im Porträt	Seite 3
Editorial des Präsidenten	Seite 4
Energie und Klima	Seite 8
Stadtentwicklung	Seite 10
Wohnen	Seite 12
Mobilität und Verkehr	Seite 16
Finanzen und Wirtschaft	Seite 18
Soziales, Gesundheit und Bildung	Seite 20
Migration und Integration	Seite 22
Kultur	Seite 26
Weitere Themen	Seite 30
Öffentlichkeitsarbeit	Seite 32
Politische Interessenvertretung	Seite 35
Der SSV 2023	Seite 38
Netzwerk	Seite 39
Organe	Seite 40
Jahresrechnung	Seite 42
Mitglieder	Seite 45

A photograph of a person walking through a snowy city street. The person is wearing a dark, heavy winter coat and dark boots, and is walking away from the camera. The street is covered in a thick layer of snow. In the background, there are several buildings, including a modern glass-fronted building and a church with a tall spire. There are also bare trees and a concrete wall with graffiti. The sky is overcast and grey.

9. Februar 2023

Der Städteverband gibt gemeinsam mit dem Gemeindeverband und der Alliance SwissPass das Nachfolgeprodukt der Tageskarte Gemeinde bekannt. Der Verkauf erfolgt ab 2024 ausschliesslich über die Schalter der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen. Die Kontingentierung pro Gemeinde entfällt. Ein weiterer Vorteil ist, dass für die Gemeinden und Städte kein finanzielles Risiko mehr besteht.

Der SSV im Porträt

Der Schweizerische Städteverband (SSV) vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden. Er ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung lebt und 84% der Wirtschaftsleistung erbracht werden.

Der SSV bietet seinen Mitgliedern diverse Dienstleistungen an: Er stellt Plattformen zur Vernetzung bereit, gibt Studien in Auftrag, versorgt die Mitglieder mit einer breiten Palette an Fachinformationen und informiert die Öffentlichkeit über urbane Themen und politische Positionen.

Politik

Der Schweizerische Städteverband vertritt die Interessen der Städte auf politischer Ebene. Die Bundesverfassung schreibt vor, dass der Bund besondere Rücksicht auf die Interessen der Städte und Agglomerationen nehmen muss. Der Städteverband ist deshalb ständiger Partner an den Vernehmlassungsverfahren des Bundes, pflegt einen engen und regelmässigen Kontakt zu den Behörden und nimmt in Expertengruppen sowie weiteren Gremien Einsitz. Er unterhält ein breites Netzwerk zu den Parlamentsmitgliedern, damit die Stimme der Städte auch in den Kommissionen, im National- und Ständerat gehört wird – zu allen Themen, die die Städte betreffen. Der SSV fasst regelmässig Abstimmungsparolen, wenn die Vorlagen für die Städte von Bedeutung sind.

Politisches und fachliches Netzwerk

Der Städteverband pflegt nicht nur sein Netzwerk, sondern bietet seinen Mitgliedern zahlreiche Plattformen zur Vernetzung. In zahlreichen Sektionen, Kommissionen und Arbeitsgruppen kommen städtische Exekutivmitglieder oder Fachpersonen regelmässig zusammen, um gegenseitig von Erfahrungen zu profitieren, sich fachlich auszutauschen oder politische Positionen zu diskutieren.

Fachinformationen

Der Städteverband und seine Sektionen geben Studien in Auftrag, verfassen Merkblätter und Leitfäden, analysieren Praxisänderungen und deren Auswirkungen auf die Städte, diskutieren Best-Practice-Beispiele und greifen Themen auf, die den Städten unter den Nägeln brennen. Der fachliche Austausch mit all seinen Facetten findet auf Veranstaltungen oder in Arbeitsgruppen statt; die Themen werden über die vielfältigen Kommunikationskanäle den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Ein grosser Verband mit Tradition

Der Städteverband wurde 1897 gegründet und zählt 132 Städte zu seinen Mitgliedern (Stand 31. Dezember 2023). Präsident ist Anders Stokholm. ♦

Editorial: Ein facettenreiches Jahr

2023 war ein intensives und herausforderndes Jahr, in dem ich viel gelernt habe, sei es inhaltlich, oder seien es die vielen Veranstaltungen und die Begegnungen mit zahlreichen Personen, darunter auch mit mehreren Bundesratsmitgliedern. Diese Netzwerke sind von grosser Bedeutung, um den Städten das nötige Gewicht in der Bundespolitik zu geben. In meinem ersten Amtsjahr als Präsident des Schweizerischen Städteverbandes habe ich deshalb ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, diese Netzwerke aufzubauen und zu pflegen. So zum Beispiel an der «Table urbaine», wo wir seitens SSV Kontakte zu den Parlamentarierinnen und Parlamentariern knüpfen bzw. bisherige intensivieren konnten.

Politisch stand das vergangene Jahr im Zeichen der eidgenössischen Wahlen. Das neue Parlament wurde nicht urbaner, was uns die Arbeit nicht erleichtert. Erfreulich ist jedoch, dass die städtische Stimme in der Landesregierung wieder etwas gestärkt wurde: mit Beat Jans, unserem ehemaligen Kollegen aus dem SSV-Vorstand. Wir konnten im vergangenen Jahr ausserdem das 175-jährige Jubiläum der Bundesverfassung begehen, dem Grundpfeiler unseres Landes, der den Föderalismus regelt und den Städten und Gemeinden Autonomie garantiert. Entsprechend bringen wir uns, zusammen mit dem Schweizerischen Gemeindeverband, als Stimme der kommunalen Ebene ein – wo immer wir gefragt sind oder gefragt sein sollten. Bei mehreren Gelegenheiten konnte ich Bund und Kantone darauf hinweisen, dass es sich lohnt, die Städte aktiv einzubeziehen.

**«Wir bringen uns ein,
wo immer wir gefragt sind
oder gefragt sein sollen.»**

Podcast: Der Städteverband
im Gespräch:



Neue Wege ging der Städteverband, indem er vier Podcast-Folgen «Der Städteverband im Gespräch» veröffentlichte. Ich möchte Ihnen ans Herz legen, diese anzuhören: Sie bieten einen aufschlussreichen Zugang zu Agglomerationsthemen.

Die Organisation von Veranstaltungen für unsere Mitglieder und deren Vernetzung gehört zu den zentralen Aufgaben des Städteverbandes. Sei es durch die zahlreichen und thematisch breiten Sektionen, Arbeitsgruppen oder Kommissionen, sei es durch die Organisation weiterer Events. Aus der letztjährigen Agenda möchte ich die Tagung zum Lärm in Luzern, die Veranstaltung zur Raumplanung in Frauenfeld sowie das «Aggloforum» zu den Klimaanpassungen in Bern besonders hervorheben.



Das tragische Schicksal der zahlreichen Ukrainerinnen und Ukrainern, die in die Schweiz flüchten mussten, fordert auch die Städte heraus. Damit die Betroffenen würdig behandelt und untergebracht werden, müssen Bevölkerung und Behörden am gleichen Strick ziehen. Trotz der schwierigen Umstände gelang dies erfreulich gut!

Wie gewohnt, haben wir in den politischen Themen ein breites Spektrum abgedeckt. Ein zentrales Thema bleibt die Mobilität. Der knappe Platz in den wachsenden Städten, der Lärm und die Klimaziele verlangen nach neuen Lösungen, da sich insbesondere auch die Städte qualitativ entwickeln wollen und müssen. Gleichzeitig möchten sie die Lebensqualität erhalten. Eine wichtige Forderung von uns ist und bleibt Tempo 30 auf den städtischen Strassen. Eine Herausforderung ganz anderer Art ist die Stromversorgung. Im Winter 2022/2023 mussten grosse Anstrengungen unternommen werden, damit es nicht zu einer Energiemangellage kam. Nun geht es darum, die Energieversorgung nachhaltig und klimaneutral voranzutreiben. Deshalb setzt sich der Städteverband stark für die Vorlage zur sicheren Stromversorgung ein. Neben der Sicherung der Energieversorgung ist diese Vorlage auch für die Erreichung der Klimaziele zentral.

Allen, die zum Gelingen der Arbeit des SSV beigetragen haben, an dieser Stelle ein grosses DANKE. Für 2024 stehen unter anderem die Agglomerationsprogramme der 5. Generation in der Agenda sowie die Kulturpolitik. Das eidgenössische Parlament wird 2024 die Kulturbotschaft beraten. Der Bund will sich in diesem Bereich strategisch neu ausrichten, was sich auf die Städte als zentrale Akteure auswirkt. Weiter stark beschäftigen müssen wir uns mit dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel in den Städten. Ein Höhepunkt, neben dem jährlichen Städtetag, steht bereits fest: Der Städteverband ist Gast an der geschichtsträchtigen 1.-August-Feier auf dem Rütli, wo die Beziehungen zwischen Stadt und Land thematisiert – und hoffentlich gefestigt – werden.

Die Arbeit wird uns auch 2024 nicht ausgehen. Ich freue mich auf zahlreiche Begegnungen und Unterschriften unter Vernehmlassungsantworten und vielen weiteren Schreiben!

Ich wünsche Ihnen eine
interessante Lektüre

Anders Stokholm
Präsident des Städteverbandes



1. März 2023

Der Nationalrat will die externe Kinderbetreuung mit 710 Mio. Franken unterstützen. Ein Anliegen, für das sich die Städte stark einsetzen. Die Debatte um die Finanzierung geht im kommenden Jahr weiter.



Energie und Klima

Die Städte sind dem Klimawandel besonders ausgesetzt und von den immer häufiger auftretenden Extremereignissen wie Hitzewellen, Starkregen oder Hochwasser stark betroffen. Sie setzen sich deshalb aktiv im Kampf gegen den Klimawandel ein und verfolgen häufig selbst ambitionierte Ziele. Unverzichtbar für eine nachhaltige Klimapolitik ist der Ausbau erneuerbarer Energien. Die Städte haben als Eigentümerinnen von Energieversorgungsunternehmen spezifische Interessen.

Energieversorgungssicherheit und Mantelerlass Energie

Der Winter 2022/23 war geprägt von der Sorge nach einer Energiemangellage. Der Städteverband war Gründungsmitglied der sogenannten «Energiespar-Alliance» und sitzt im Steuerungsausschuss «Versorgungssicherheit Energie 2022 ff», die beide zum Ziel haben, Energieknappheit zu vermeiden. Dabei agierte die Energie- und klimapolitische Kommission (EKK, siehe Box) als Informations- und Austauschplattform für die Städte. Zudem informierte der SSV seine Mitglieder regelmässig über die Versorgungslage und über die Massnahmen, die der Bund ergriffen hatte.

Vor dem Hintergrund einer möglichen Energieversorgungs-knappheit hat das Bundesparlament den Mantelerlass über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien beraten und in der Herbstsession 2023 verabschiedet. Es hat die Zielwerte für den Ausbau der erneuerbaren Energien erhöht und Rahmenbedingungen für den Bau von Anlagen (z. B. Solar oder Wind) geschaffen, wobei gleichzeitig die Interessen des Landschafts- und Biotopschutzes berücksichtigt werden müssen. Der Städteverband setzte sich stark für die Vorlage ein. Er forderte unter anderem erfolgreich eine gleitende Marktprämie (für grosse Anlagen) und eine Mindestrückliefervergütung (für kleinere Anlagen). 2024 folgt eine Referendumsabstimmung.

Künftig beschäftigen wird den Städteverband ein mögliches Stromabkommen mit der EU, das Teil des Verhandlungsmandats ist. Der Städteverband unterstützt dieses deutlich. Er fordert jedoch, dass private Haushalte in der Grundversorgung verbleiben können, wenn sie dies wollen, um nicht zu starken Preisschwankungen ausgesetzt zu sein. Der Städteverband wird auch an den Gesprächen des Bundes über die in der Schweiz notwendigen Umsetzungsmassnahmen zum Stromabkommen aktiv teilnehmen.



NETZWERK

Energie- und klimapolitische Kommission (EKK)

Die EKK ist ein Zusammenschluss von Stadträtinnen und Stadträten (Exekutivmitglieder), die für die Energie- und Klimapolitik zuständig sind. Städte spielen als Eigentümerinnen von Energieversorgungsunternehmen, durch planungs- und bewilligungsrechtliche Vorgaben, Förderprogramme und Bestrebungen zur CO₂-Reduktion eine zentrale Rolle in der Energie- und Klimapolitik. Die EKK bietet einen Erfahrungs- und Wissensaustausch auf politischer Ebene, begleitet die Politik des Bundes oder erarbeitet Grundlagen für gemeinsame Positionen. 2023 stand die Erstellung eines Grundlagenpapiers im Fokus, das die Klimastrategien der Städte unter die Lupe nimmt. Es soll klären, welche Faktoren die klimapolitischen Bemühungen der Städte unterstützen und welche sie hemmen. Dessen Publikation ist für 2024 geplant.





«Dank des Krisenmanagements waren wir in der Lage, schnell zu reagieren.»

Mélanie Wyss, Stadtpräsidentin von Morges

Klimaschutzgesetz

Am 18. Juni hat die Schweizer Stimmbevölkerung das Klimaschutzgesetz mit 59,1% klar angenommen. Das Gesetz definiert einen Fahrplan, um die Treibhausgasemissionen auf Netto-Null bis 2050 zu reduzieren. Gebäudeheizungen sollen dekarbonisiert und neue Technologien entwickelt werden. Der Städteverband setzte sich sowohl in der Abstimmungskampagne als auch zuvor in der parlamentarischen Debatte stark für die Vorlage ein. Aus seiner Sicht stellt die Annahme des Klimaschutzgesetzes einen wichtigen Meilenstein für die Schweizer Klimapolitik dar. Da es sich aber um ein sogenanntes Rahmengesetz handelt, müssen die notwendigen Massnahmen zur Zielerreichung in weiteren Gesetzen festgelegt werden.

CO₂-Gesetz

Das Klimaschutzgesetz definiert Zwischenziele für die Periode 2031 bis 2050, während für den Zeitraum davor das CO₂-Gesetz Rahmenbedingungen festlegt. Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen der Schweiz gegenüber 1990 halbiert werden. Die Städte unterstützen die Vorlage, finden sie aber zu wenig ambitioniert. Sie setzten sich vergebens dafür ein, dass die Finanzierung des Gebäudeprogramms sichergestellt wird und dass Anreize geschaffen werden, um den Neu- und Ausbau thermischer Netze zu beschleunigen.

Thermische Netze

Fernwärme ist in dicht besiedelten Städten oft die sinnvollste Alternative zu fossilen Heizungen, weshalb der Bau von thermischen Netzen für die Städte höchste Priorität hat. Der Städteverband nimmt Einsitz in der Steuerungsgruppe zum Ausbau thermischer Netze. Eine entsprechende Charta unterzeichnete er zuvor gemeinsam mit Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Steuerungsgruppe erarbeitete ein dreijähriges Arbeitsprogramm. Ende 2023 wurde eine Online-Bibliothek publiziert. ♦

Online-Bibliothek:



NETZWERK

Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI)

Der SVKI ist eine Sektion des Städteverbandes und Partner des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Er setzt sich fachlich und politisch für ein nachhaltiges Management der kommunalen Infrastrukturen ein. Mitglieder des SVKI sind über 260 Städte, Gemeinden, Zweckverbände, Kantone und Gönner der Privatwirtschaft. Der SVKI arbeitet sehr eng mit dem Städteverband zusammen, namentlich in den Bereichen Klimaschutz, Umwelt und Energie. Im Jahr 2023 setzten sich die beiden Verbände unter anderem für den Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative ein sowie für die Erhaltung des Abfallmonopols im Rahmen der Verhandlungen zur Kreislaufwirtschaft. Bestrebungen, um letztere umzusetzen, unterstützt der SSV sehr.



Stadtentwicklung

Stadtentwicklung und Lärmschutz

Der Städteverband setzt sich – im vergangenen Jahr insbesondere im Rahmen des **Umweltschutzgesetzes (USG)** – intensiv für eine qualitativ hochwertige Stadtentwicklung ein, die den Lärmschutz berücksichtigt. Die Innenentwicklung, eine Vorgabe aus dem Raumplanungsgesetz, und die Wohnknappheit erfordern eine erhöhte Bautätigkeit im urbanen Raum. Viele Projekte sind jedoch wegen Lärmsprachen blockiert. Um die Bewilligungsfähigkeit zu erhöhen und gleichzeitig die Lebensqualität der Stadtbevölkerung zu garantieren, muss der Lärm an der Quelle reduziert werden. Das effektivste, einfachste und günstigste Mittel: Eine Reduktion des Geschwindigkeitslimits auf Tempo 30 im Strassenverkehr, dem mit Abstand grössten Lärmverursacher. Reicht dies nicht aus, ist für die Städte die sogenannte «Lüftungsfensterpraxis» die bevorzugte Variante, um mit Lärmoptimierung und Kompensationsmassnahmen Baubewilligungen und Lärmschutz zu vereinbaren. Der Städteverband brachte seine Anliegen im Berichtsjahr medial und auf parlamentarischer Ebene im Rahmen der Beratungen über die USG-Reform ein. Unter anderem auch im Rahmen einer Anhörung in der Umweltkommission des Ständerates.

Podcast
«Der Städteverband
im Gespräch»



Lärm stand auch im Fokus der grossen **Tagung «Stadtlärm-Stadtleben»**, die der Städteverband zusammen mit seinen Sektionen Städtekonferenz Mobilität (SKM) und der Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektoren und -direktoren (KSSD) organisierte. Die Veranstaltung in Luzern war mit rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein grosser Erfolg.

Agglomerationspolitik

Auch 2023 setzte der Städteverband einen Schwerpunkt bei den Agglomerationen. Auf Basis seiner Grundlagen- und Positionspapiere aus dem Jahr 2022 brachte er sich in diversen Evaluationsgesprächen und im bilateralen Austausch mit den Bundesämtern in die politische Debatte ein. Die Vorsteher der Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) legten Ende 2023 zusammen mit der Evaluation der laufenden Agglomerationspolitik den Entwurf des Berichts zur Politik der Agglomerationen «AggloPol 24+» für die nächsten acht Jahre vor. Der Städteverband hat dazu zentrale Eckpunkte verabschiedet und an der Konsultation teilgenommen. Im Sommer wird der Bundesrat den Bericht veröffentlichen. Zudem setzte sich der SSV laufend für die Interessen der Städte im Programm Agglomerationsverkehr ein und nahm an der Anhörung der Verkehrskommission des Nationalrates (KVF-N) teil.

Der Städteverband organisierte 2023 diverse Anlässe seiner Reihe «Am Puls der Agglomerationen»:

- Im Februar 2023 in Frauenfeld wurde u. a. diskutiert, wie Siedlungs- und Fusswegentwicklung zusammenspielen.
- Im Juni folgte ein Austausch in Olten, zusammen mit der Schweizerischen Vereinigung der Verkehrsingenieure und Verkehrsexperten (SVI). Dort wurde das SSV-Papier «In Agglomerationen Mobilität mit Qualität schaffen» diskutiert.
- Anfang November folgte in Zusammenarbeit mit Espace Suisse in Bern das «AggloForum» zum Thema «Klimaanpassung: Prozesse und gute Beispiele».

Ausserdem lancierte der Städteverband den Podcast «Der Städteverband im Gespräch» mit vier Episoden zum Thema Agglomerationen.



NETZWERK

Das Zentrum öffentlicher Raum (ZORA)

Das ZORA ist eine Kommission des Städteverbandes und ein Think Tank für die Zukunft des öffentlichen Raums in den Städten. Die Herausforderungen sind gross: Städte werden dichter, immer mehr Menschen teilen sich immer weniger Platz. Zeitgleich wachsen die Ansprüche nach mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität, und die Auswirkungen des Klimawandels bringen zusätzlichen Handlungsbedarf. Beim ZORA tauschen Städte ihre Erfahrungen aus und suchen Lösungen für die aktuellen Herausforderungen. Im Fokus stehen die Vernetzung, der Erfahrungsaustausch und der Wissenstransfer zwischen den Fachpersonen und die Erarbeitung fachlicher Grundlagen. Im vergangenen Jahr erarbeitete ZORA neue Legislaturziele als Arbeitsinstrumente für die kommenden Jahre. Diese Legislaturziele werden nun konkretisiert und priorisiert, um die Interventionsfelder für ZORA für die nächsten Jahre festzulegen.



Raumentwicklung

Das Raumkonzept Schweiz ist seit über zehn Jahren ein Orientierungsrahmen für die raumwirksamen Tätigkeiten von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden. Seit seiner Entstehung haben verschiedene Themen an Bedeutung gewonnen, etwa der Klimawandel, das Artensterben, die Energieversorgung oder der gesellschaftliche Wandel. Nachdem die Trägerorganisationen 2022 beschlossen haben, das Raumkonzept Schweiz zu aktualisieren, folgt nun die Umsetzung in mehreren Etappen: 2023 fanden vier Thementage zu Wirtschaft, Kohäsion, Energie und Klima statt, deren Resultate in einer Synthesekonferenz im September zusammengeführt wurden. Die Mitglieder der tripartiten Arbeitsgruppe verfassten auf diesen Grundlagen Eckpunkte des aktualisierten Raumkonzeptes. Diese werden Anfang 2024 in Konsultation gehen. Der Städteverband wirkt mit Vertretungen in der strategischen Leitung und in der technischen Arbeitsgruppe mit.

Im Rahmen der parlamentarischen Debatte zur 2. Etappe des Raumplanungsgesetzes (RPG) hat sich ein für den Städteverband unerfreulicher Antrag durchgesetzt: Von Bundesrechts wegen werden die Kantone beim Mehrwertausgleich neu nur noch zur Umsetzung der Minimalregelung (20% bei Einzonungen) verpflichtet. Den Ausgleich von Mehrwerten bei Um- und Aufzonen regelt das kantonale Recht. Der Städteverband hatte sich mit diversen Schreiben an Kommission und Parlament dagegen gewehrt.

Tripartite Konferenz (TK)

Die TK ist die politische Plattform von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Ebenen sowie zwischen urbanen und ländlichen Räumen. Sie leistet einerseits einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit über alle drei Staatsebenen hinweg. Andererseits ermöglicht sie einen pragmatischen Austausch über Themen und Fragestellungen, für die sonst geeignete Gefässe fehlen. Im Berichtsjahr hat die TK an ihrer einzigen Sitzung die Projekte «Dialog Qualitätsvolle Innenentwicklung» und «Biodiversität und Landschaftsqualität in Agglomerationen fördern» weiter vorangetrieben. Die TK widmete sich zudem der Umsetzung der Agenda 2030: Hier besteht aktuell ein gewisses Koordinationsdefizit, da eine staatsebenenübergreifende Abstimmung fehlt. Dadurch verpasst man es, mögliche Synergien besser zu nutzen. Das Potenzial der TK als Diskussions-, Kollaborations- und Koordinationsplattform soll deshalb bei der Umsetzung der Agenda 2030 in der Schweiz genutzt und ausgebaut werden.

Neue AG Stadtplanung

Bislang gab es beim SSV kein internes Gefäss für den räumlich-planerischen Austausch zu städtischen Herausforderungen der Innenentwicklung. Dies soll sich nun ändern: Der Vorstand des Städteverbandes beschloss, eine Arbeitsgruppe Stadtplanung ins Leben zu rufen. ♦



NETZWERK

Netzwerk Lebendige Quartiere (NLQ)

Der Städteverband führt das Netzwerk im Auftrag des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) und des Bundesamts für Wohnungswesen (BWO). Das NLQ ist die nationale Austauschplattform für Fachleute aus Städten, Verbänden und Hochschulen zu verschiedenen Aspekten der Quartierentwicklung, wie Wohnen, Partizipation oder soziale Durchmischung. Das NLQ führte im vergangenen Jahr vier Veranstaltungen durch: jeweils in Bern das Frühlingsseminar «Älterwerden in und mit dem Quartier» im April 2023 und das Herbstseminar «Quartiere mit jungen Menschen gestalten» im Oktober 2023. Dazu kamen zwei Events aus der Reihe «NLQ vor Ort» in Aarau («Quartierentwicklung als Querschnittsthema») und in Genf («Espace de quartier: outil au service du travail communautaire»).





Maurizio Mattia, Stadtrat von Prilly

«Es ist wichtig, die Wohnungsspekulation einzudämmen.»

Wohnen

«Wohnungspolitik in Städten und städtischen Gemeinden: Bedürfnisse und Herausforderungen»

So lautet der Titel einer Umfrage, die der SSV zusammen mit dem Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) durchgeführt hat. Sie wurde im April 2023 veröffentlicht. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Preisgünstiger Wohnraum ist knapp: In grösseren Städten sehr ausgeprägt, aber auch in den meisten kleineren Städten. Das Angebot an Miet- und Eigentumswohnungen ist äusserst tief.
- Die meisten Städte verfolgen eine Wohnraumpolitik mit dem Ziel, mehr preisgünstigen Wohnraum zu schaffen.
- Die Städte besitzen zu wenig Bauland. Es zu Marktpreisen zu erwerben ist enorm teuer.
- 60 % der Städte sehen einen hohen oder sehr hohen Handlungsbedarf auf Ebene des Bundes. Der meistgenannte Lösungsvorschlag: Ein Vorkaufsrecht der Städte für Bauland und Liegenschaften.

Vernetzung

Was lässt sich gegen Wohnungsknappheit tun? Der Städteverband war von Bundesrat Guy Parmelin zusammen mit Akteuren aus Kantonen, Gemeinden sowie der Bau- und Immobilienbranche zu einem runden

Tisch zur Wohnungsknappheit geladen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten Lösungsansätze, 2024 soll ein Aktionsplan veröffentlicht werden.

Der SSV ist Partner des wohnungspolitischen Dialogs Bund-Kantone-Städte und beteiligt sich an den Wohnnetz-Treffen des Bundesamts für Wohnungswesen BWO sowie seit 2023 auch im «Réseau logement romand». Auch dort wurden u.a. der Umgang mit der Wohnungsknappheit und die Datengrundlagen für wohnpolitische Strategien diskutiert.

Wohnungspolitik

Der Städteverband setzte sich im Berichtsjahr auch auf parlamentarischer Ebene zu Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit und für bezahlbaren Wohnraum ein. So fand im Herbst das Treffen der parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik zum Thema «Wohnen und Planung» statt. Zahlreiche Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung waren anwesend.

Der Städteverband setzte sich, wenn auch erfolglos, für diverse Vorstösse ein: für mehr Transparenz im Mietwesen, die die Offenlegung der vorangegangenen Mieten verlangte, sowie für mehr Verdichtung und gemeinnützigen Wohnungsbau. ♦



PUBLIKATION

Wohnungspolitik in Städten und städtischen Gemeinden: Bedürfnisse und Herausforderungen





17. März 2023

Der Winter 22/23 war geprägt von Energiesparmassnahmen wegen einer drohenden Mangellage. Die Städte hatten grosse Anstrengungen übernommen. Im März konnte eine Entspannung der Lage bekanntgegeben werden.



2. Mai 2023

Der Städteverband macht klar: Das Abfallmonopol darf nicht aufgeweicht werden. Dies stand im Rahmen der Verhandlungen im Parlament über die Kreislaufwirtschaft im Raum. Der Städteverband setzte sich erfolgreich für das Anliegen ein.



Mobilität und Verkehr

Der Schweizerische Städteverband bringt die städtischen Anliegen in vielen Gremien ein und steht in regelmässigem Kontakt mit diversen Behörden, u. a. den Bundesämtern für Verkehr (BAV), Strassen (ASTRA) und Raumentwicklung (ARE) sowie weiteren Partnern.

Urbane Logistik: Mit dem Boom des Onlinehandels verändern sich Bestell- und Lieferprozesse. Konsumentinnen und Konsumenten lassen sich ihre Produkte jederzeit an ihre Haustüre liefern, was die Anforderungen an die Städte und deren Verkehrssysteme erhöht. Mehrere Städte wollen die Güterströme umweltfreundlicher und weniger flächenintensiv gestalten. Im Berichtsjahr tauschte sich der SSV deshalb mit wichtigen Akteuren darüber aus. Er koordinierte unter anderem unter den betroffenen Städten oder besprach mit der Post Lösungsansätze wie Paketboxen.

Spartageskarte Gemeinde: Im Februar 2023 wurde das Nachfolgeprodukt der «Tageskarte Gemeinde» präsentiert, die «Spartageskarte Gemeinde». Das neue Angebot orientiert sich an der bekannten Spartageskarte des ÖV. Der Verkauf erfolgt ab 2024 ausschliesslich über die Schalter der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen. Die Kontingentierung pro Gemeinde entfällt. Ein weiterer Vorteil ist, dass für die Gemeinden und Städte

kein finanzielles Risiko mehr besteht: Es wird nur verrechnet, was auch verkauft wurde. Mit dem bisherigen Produkt war dies nicht der Fall.

Politik

Tempo 30 beschäftigte den SSV weiterhin stark. Bei nicht verkehrsorientierten Strassen wurde die Gutachtenpflicht per 1. Januar 2023 aufgehoben. Das geht den meisten Mitgliedern jedoch nicht weit genug. Tempo 30 soll im Siedlungsraum als Norm gelten, Tempo 50 als Ausnahme. Der Städteverband setzte sich im Rahmen der Verhandlungen zum Umweltschutzgesetz (USG) intensiv für mehr Handlungsspielraum der Städte ein, die Geschwindigkeitslimiten zu reduzieren und so den Lärm zu reduzieren. Er machte sich bei den Medien und beim Parlament bemerkbar und nahm an der Anhörung der Umweltkommission des Nationalrates teil. Zudem veröffentlichte die Städtekonferenz Mobilität (SKM, siehe Box) im Mai ein Positionspapier, das die zahlreichen Vorteile von Tempo 30 in den Städten auflistet. Neben weniger Lärm sind dies mehr Sicherheit, namentlich für Kinder, mehr Platz oder die bessere Koexistenz von verschiedenen Fortbewegungsarten und viele mehr.

Positionspapier
Tempo 30:



NETZWERK

Schweizerische Städtekonferenz Mobilität (SKM)

Insgesamt 20 Schweizer Städte sind Mitglieder der SKM, einer Sektion des Schweizerischen Städteverbandes. Sie setzen sich ausgehend von der «Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität» gemeinsam für einen Stadtverkehr ein, der den hohen Ansprüchen an die Lebensqualität im dicht besiedelten Raum genügt. Der Vorstand setzt sich aus sieben städtischen Verkehrsdirektorinnen und -direktoren zusammen.

Am 26. Mai 2023 fand das Frühlingsforum der SKM zum Thema Lärm statt, in Zusammenarbeit mit dem SSV und der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD). Die Veranstaltung fokussierte auf folgende Themen: Tempo 30, die Revision des Umweltschutzgesetzes und mediterrane Nächte. Im Rahmen des Herbstforums vom 3. November beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Frage nach der Zukunft des öffentlichen Raums.





«Ich bin überzeugt, dass die gesamte Gesellschaft von einem hindernisfreien ÖV profitiert.»

Marieke Kruit, Gemeinderätin der Stadt Bern

Agglomerationsprogramm der 4. Generation: Der Bundesrat will Projekte in 32 Agglomerationen mit insgesamt 1,6 Milliarden Franken finanzieren. Der Städteverband begrüsst das Fortbestehen des Programms. Er bedauert aber, dass das Parlament die Kürzung von 5% des Bundesbeitrags bei bestimmten Projekten als Strafe wegen verspäteter Umsetzung von Massnahmen früherer Programme beibehalten hat, denn die Einhaltung der Fristen hängt nicht allein von den Städten und Gemeinden ab. Die Städte nahmen an der Anhörung der Verkehrskommission des Nationalrates teil (KVF-N).

Der Bundesrat bestätigte unter anderem in einer Interpellationsantwort, dass er im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr das Verkehrswachstum reduzieren und kurze Wege fördern will. Zugleich anerkennt er die Notwendigkeit von weiteren Massnahmen, insbesondere bei der Schnittstelle zwischen Nationalstrassen und lokalen Strassen.

Vernehmlassungsantworten des Städteverbandes im Berichtsjahr:

- Verkehrsflächen für Langsamverkehr: Der Bundesrat plant, die Verteilung der für die sanfte Mobilität bestimmten Verkehrsflächen zu überdenken. Seine Vorschläge werden von den Städten grundsätzlich begrüsst.
- Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren: Die Umsetzung einer vom Parlament verabschiedeten Motion verlangt, dass unnötiger Verkehrslärm einfacher und strenger sanktioniert werden kann. Der Städteverband unterstützte die Absicht des Bundesrates, die Sanktionen zu verschärfen, äusserte jedoch Zweifel an der Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahmen.
- Weiterentwicklung des Güterverkehrs: Der Bundesrat will die energie- und klimapolitischen Ziele im Güterverkehr berücksichtigen. Er schickte zwei Varianten in die Vernehmlassung, wobei sich der Städteverband für die ambitioniertere aussprach. Diese zielt darauf ab, die Position der Schiene im Binnen-güterverkehr deutlich zu stärken. ♦



PUBLIKATIONEN

Elektrische Mikromobilität

Im September veröffentlichte die SKM eine Studie zum Thema «Elektrische Mikromobilität». Die elektrische Mikromobilität (v. a. E-Bikes und E-Trottinette) ist ebenso auf dem Vormarsch wie entsprechende Sharingangebote. Die Städte verfolgen unterschiedliche Strategien. Die von der SKM in Auftrag gegebene Studie verschafft einen Überblick über die aktuelle Situation und gibt Empfehlungen zur Regulierung ab.



Städtevergleich Mobilität

Anfang November veröffentlichten die sechs grössten Deutschschweizer Städte zum dritten Mal den «Städtevergleich Mobilität», den die SKM mitfinanzierte. Die Zahlen zum Jahr 2021 sind stark von den Auswirkungen der Pandemie geprägt: In allen beteiligten Städten ging die Mobilität trotz Zunahme der Bevölkerung gesamthaft zurück. Die Menschen waren weniger oft, weniger lang und weniger weit unterwegs – insbesondere mit dem öffentlichen Verkehr.



Infrastrukturmassnahmen – Notwendigkeit aus Nutzenüberlegungen

Die Fachgruppe Stadt- und Gemeindeingenieure hat ihrerseits Ende 2023 eine Studie mit der Bezeichnung «Infrastrukturmassnahmen – Notwendigkeit aus Nutzenüberlegungen» veröffentlicht. Darin geht es um Infrastrukturprojekte mit hohem Investitionsbedarf und darum, wie deren Vorteile besser hervorgehoben werden könnten.



Finanzen und Wirtschaft

Die Städte sind die wirtschaftlichen Leistungsträgerinnen der Schweiz. Über 80% der Schweizer Wirtschafts- und Finanzkraft wird dort generiert. Damit die Zentren wirtschaftlich attraktiv bleiben, müssen die Standortvorteile (u. a. die hohe Lebensqualität, der ÖV oder die Hochschulen) gepflegt werden. Dafür setzt sich der Städteverband ein.

OECD-Steuerreform

Im Juni 2023 sagte eine überwältigende Mehrheit Ja zu einer neuen Ergänzungssteuer, mit der die OECD-Steuerreform umgesetzt wird. Damit werden international tätige Unternehmen, die mindestens 750 Mio. Euro Umsatz pro Jahr erwirtschaften, mit mindestens 15% besteuert. Der Städteverband und seine Sektion, die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFD), setzten sich für eine ausgewogene Vorlage ein, die eine angemessene Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Mehreinnahmen bringt. Die Städte waren an der Medienkonferenz des Bundesrates vertreten.

Der SSV und die KSFD haben sich ausserdem in der Stellungnahme zur Mindestbesteuerungsverordnung vom September 2023 dafür eingesetzt, dass der Zeitpunkt des Inkrafttretens mit der EU koordiniert wird. Dies mit Erfolg: Der Bundesrat beschloss, die Ergänzungssteuer im Inland ab dem 1. Januar 2024 zu erheben.

Vernehmlassungsantworten

Individualbesteuerung: Der Bundesrat hat im August 2023 einen Entwurf für ein neues Bundesgesetz in die Vernehmlassung geschickt. Personen und Paare sollen unabhängig ihres Zivilstandes gleich besteuert werden. Die Ziele: Abschaffung der Heiratsstrafe und positive Erwerbsanreize für Zweitverdienende, häufig immer noch Frauen. In der Vernehmlassungsantwort machte der Städteverband klar, dass er den Systemwechsel grundsätzlich begrüsst, weist aber auch auf Probleme hin: die vorgesehenen Mindereinnahmen, ein beträchtlicher administrativer Mehraufwand für die Steuerbehörden und Steuerpflichtigen beim Systemwechsel oder die Entstehung von neuen Ungleichheiten.

Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushaltes ab 2025: Zwischen 2025 und 2029 soll der Bundeshaushalt um 250 Mio. Franken pro Jahr gekürzt werden. Kürzungen sind namentlich aufgrund der Schuldenbremsen nötig. Die Städte können die finanzpolitischen Zukunftssorgen des Bundes nachvollziehen. Alle staatspolitischen Ebenen, also auch Kantone, Städte und Gemeinden, stehen in den kommenden Jahren vor grossen finanziellen Herausforderungen. Aus Sicht der Städte ist es jedoch zentral, dass diese Entlastungsmassnahmen die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung und der Kantone in ihrer Politik der frühen Förderung von Kindern (UKibEG) nicht gefährdet.

Erstreckung der Verlustrechnung von sieben auf zehn Jahre: Diesen Vorschlag lehnen die Städte klar ab. Er würde u. a. zu deutlichen Mindereinnahmen und einer Risikoverlagerung zu Lasten des Gemeinwesens führen. ♦



NETZWERK

Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFD)

Die KSFD ist eine Sektion des SSV mit 36 Mitgliedern. Sie äussert sich als städtische Stimme zu finanz- und steuerpolitischen Themen und Vorlagen. Die KSFD setzt sich für eine ausgeglichene Finanz- und Steuerpolitik sowie für einen fairen Lastenausgleich zwischen den Staatsebenen ein. Zudem organisiert sie eine jährliche Fachveranstaltung, die den Mitgliedern als Plattform für den Erfahrungs- und Wissensaustausch dient.

An der Mitgliederversammlung im Mai 2023 wurde Franziska Bitzi, Finanzdirektorin der Stadt Luzern, zur neuen Präsidentin gewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurden auch Maria Pappa (St. Gallen), Kaspar Bopp (Winterthur) sowie Fabio Käppeli (Bellinzona). An der Fachveranstaltung vom 22. September 2023 organisierte die KSFD eine hochkarätige Podiumsdiskussion zur Individualbesteuerung (u. a. mit Nationalrätin Kathrin Bertschy und Nationalrat Leo Müller).



4. Mai 2023

Zwei Drittel der Städte und städtischen Gemeinden verfügen über zu wenig Wohnraum. Sie geben einen Mangel an Bauland als wichtigsten Grund an und sehen ein Vorkaufsrecht für Grundstücke als eine mögliche Lösung. Dies und mehr geht aus einer aktuellen wohnungspolitischen Umfrage hervor, die im Auftrag des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO) und des Schweizerischen Städteverbandes (SSV) Ende 2022 durchgeführt worden ist.



Soziales, Gesundheit und Bildung

Sozialpolitik

Familienergänzende Kinderbetreuung: Die Städte sind in diesem Bereich Vorreiterinnen und fordern vom Bund, dass er sich finanziell mehr engagiert. Aktuell tut er dies im Rahmen einer befristeten Anschubfinanzierung, die aber nun in eine dauerhafte Lösung umgewandelt werden soll. Der Nationalrat verabschiedete im Frühjahr 2023 ein Gesetz, das eine Finanzierung von über 700 Mio. Franken pro Jahr vorsieht. Dies ist ein Erfolg für die Städte, die sich intensiv eingebracht haben. Im Sommer formulierten sie ihre Anliegen in der vorberatenden Kommission des Ständerates. Die kleine Kammer wird das Geschäft 2024 weiterberaten.

Betreuung im Alter: Eine umfassende Alterspolitik ist ein zweiter sozialpolitischer Schwerpunkt des Städteverbandes. Die Städte sind bestrebt, auch Seniorinnen und Senioren möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Der Städteverband unterstützt deshalb auch die Forderung, dass «Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen» gesprochen werden. Er machte dies in der Vernehmlassungsantwort zum Gesetzesentwurf klar, der die so lautende Motion umsetzen soll. Ausserdem organisierte er eine Fachveranstaltung «SSV-Info» zum Thema «Gute Betreuung im Alter in der Stadt». «SSV-Info» ist eine für Mitglieder kostenlose Veranstaltungsreihe.



NETZWERK

Netzwerk Altersfreundliche Städte

Das Netzwerk ist eine Kommission des Städteverbandes mit 26 Mitgliedern. Ziele sind die altersfreundliche Ausgestaltung des städtischen Lebensraums sowie die Information und Integration der älteren Bevölkerung in den Schweizer Städten. Das Netzwerk trägt zur Verbreitung eines positiven Altersbildes bei und bietet Gelegenheit zum fachlichen Austausch. 2023 hat mit Eliane Leuzinger die neue Geschäftsführerin ihre Arbeit aufgenommen.

Das Jahresthema des Netzwerkes lautete «Alter und Digitalisierung». An der Jahresversammlung am 29. März lautete die zentrale Fragestellung passend dazu «Wie wird man in einem digital geprägten Alltag alt?». Am 20. Juni folgte der jährliche Städtebesuch, der im Berichtsjahr in Luzern stattgefunden hat. An der Fachtagung vom 3. November wurde das Thema «Digitalisierung» weiter vertieft.





«Die Städte wollen die zunehmenden Bedürfnisse bewältigen.»

Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident von Aarau

Gesundheitspolitik

«**Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS)**». Das Parlament verabschiedete 2023 das Mammutprojekt nach 14 Jahren Beratungen. EFAS soll den Kostenanstieg im Gesundheitswesen dämpfen und Fehlanreize beseitigen, indem stationäre und ambulante Leistungen einheitlich finanziert werden. Der Städteverband setzte sich dafür ein, dass auch Pflegeleistungen in den Gesetzesentwurf aufgenommen werden. Aktuell tragen Krankenkassen, Patientinnen und Patienten sowie die restfinanzierenden Kantone und Gemeinden die Pflegeleistungen. Der Beitrag der Krankenkassen und der Patienten ist jedoch gedeckelt, so dass die Kostensteigerungen der letzten Jahre einseitig zulasten der Restfinanzierer ging – sehr häufig sind dies die Gemeinden und Städte. Der Städteverband hat sich mehrmals an das Parlament gewandt, damit diese Fehlanreize behoben werden. Ein Referendum ist angekündigt. ♦



NETZWERK

Städteinitiative Bildung

Die Städteinitiative Bildung ist eine Sektion des SSV, die den Bildungsdirektorinnen und -direktoren diverser Städte eine Plattform zum Austausch bietet. Sie bearbeitet bildungspolitische Fragestellungen, insbesondere der Volksschule, aus Sicht der urbanen Schweiz. In Absprache mit dem Städteverband sorgt sie für eine wirksame Vertretung der bildungspolitischen Anliegen der Städte gegenüber den Kantonen und dem Bund. Die Frühlingskonferenz 2023 fand in La Chaux-de-Fonds zum Thema «Digitalisierung und Bildungsgerechtigkeit» statt, die Herbstkonferenz 2023 in Schaffhausen zum Thema «Digitalisierung und Bildung: Aktuelle Herausforderungen».



Migration und Integration

Aufgrund der Flüchtlinge aus der Ukraine und vielen Migrantinnen und Migranten aus anderen Ländern befindet sich das Asylsystem und somit auch die Städte unter Druck. Der Städteverband vertritt seine Mitglieder in den diversen nationalen Gremien. Er erreichte unter anderem, dass die kommunale Ebene neu auch im obersten Gremium in der Asylpolitik, dem Kontaktorgan EJPD-KKJPD-SODK, einbezogen wird.

Der Schutzstatus S hat den Städteverband auch im zweiten Jahr nach Kriegsausbruch beschäftigt. Er hat zum Zwischenbericht der auf Bundesebene eingesetzten Evaluationsgruppe zum Status S Stellung genommen. Der Städteverband äusserte sich zudem zur Weiterführung bzw. Nicht-Aufhebung des Status S, zu den Integrationsgeldern im Rahmen des Programms S und zu dem im September publizierten Rückkehrkonzept für den Fall der Aufhebung des Status S. Dabei hat

der Städteverband stets betont, wie wichtig geregelte Abläufe und wie bedeutend Integrationsmassnahmen seien, damit die Verbundaufgabe Asyl auch für Menschen mit Schutzstatus S über alle drei Staatsebenen hinweg gut funktioniert.

Armut ist kein Verbrechen: Im Parlament setzte sich der Städteverband für die Parlamentarische Initiative «Armut ist kein Verbrechen» ein, die im Sommer angenommen wurde. Ausländerinnen und Ausländer, die Sozialhilfe beziehen, sollen nicht mehr befürchten müssen, ihre Aufenthaltsbewilligung zu verlieren, wenn sie mehr als zehn Jahre in der Schweiz leben.

Kantonale Integrationsprogramme 2024 bis 2027 (KIP 3): Die Städte sind wichtige Akteurinnen in der Integrationsförderung und verfügen über viel Erfahrung. Ihr Einbezug ist deshalb von zentraler Bedeutung. Der Städteverband legte zusammen mit den städtischen Integrationsdelegierten dem Staatssekretariat für Migration (SEM) einen Bericht vor, der dokumentiert, wie die Städte in den einzelnen Kantonen in die Erarbeitung der kantonalen Integrationsprogramme involviert waren. Der Bericht zeigt auf, wie ein guter Einbezug der kommunalen Ebene aussehen müsste. Wie beabsichtigt ist es dem Städteverband gelungen, diesbezüglich eine Diskussion anzustossen und weiterzuführen. ♦



NETZWERK

Städteinitiative Sozialpolitik

Die SI Sozialpolitik ist eine Sektion des Städteverbandes mit 58 Mitgliedern. Die Sozialvorsteherinnen und Sozialvorsteher sowie die für das Sozialwesen zuständigen leitenden Angestellten vertreten dabei die Städte. Inhaltliche Schwerpunkte sind die soziale Sicherung im Gesamtsystem, die Weiterentwicklung der Sozialhilfe und eine umfassende Integration.

2023 organisierte die Städteinitiative Sozialpolitik zwei Fachtagungen: Die Frühlingskonferenz in Aarau am 12. Mai ging der Frage nach, wie Städte die Zusammenarbeit im Sozialwesen stärken und damit das Angebot verbessern können. Die Herbstkonferenz in Sitten vom 15. September widmete sich dem Thema «Migration und berufliche Integration – eine Chance für alle». Der alljährliche Kennzahlenbericht zur Sozialhilfe publizierte die SI Sozialpolitik im Oktober. Der Fokus wurde auf Geflüchtete gelegt: Wer einen Fluchthintergrund hat und auf Sozialhilfe angewiesen ist, ist im Durchschnitt häufiger erwerbstätig als andere Sozialhilfebeziehende.



PUBLIKATION

Kennzahlenbericht: Sozialhilfe in den Schweizer Städten

Wer einen Fluchthintergrund hat und auf Sozialhilfe angewiesen ist, ist im Durchschnitt häufiger erwerbstätig als andere Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler. Dies zeigt der Bericht «Sozialhilfe in Schweizer Städten 2022» der Berner Fachhochschule und der Städteinitiative Sozialpolitik. Insgesamt ging der Sozialhilfebezug 2022 leicht zurück.





16. Mai 2023

Weniger Lärm, mehr Sicherheit, mehr Platz, bessere Koexistenz zwischen den verschiedenen Fortbewegungsarten – dies sind nur einige der Vorteile von Tempo 30. Dies zeigt ein Positionspapier der Städtekonferenz Mobilität (SKM). Insbesondere der Strassenlärm blockiert die Stadtentwicklung.



16. Mai 2023

In der Schweiz gibt es seit 2016 vermehrt Smart-City-Aktivitäten in Städten und Gemeinden. Mehr als 50 Schweizer Städte und Gemeinden beschäftigen sich aktiv mit dem Entwicklungskonzept «Smart City». Das zeigt der Swiss Smart City Survey 2022 der ZHAW, bei dem der Städteverband als Partner fungierte.



Kultur

Position
VLA:



Ein vielfältiges und umfassendes Kulturangebot trägt entscheidend zur Attraktivität der Schweizer Städte und der Lebensqualität derer Bevölkerung bei. Rund die Hälfte des Geldes, das das öffentliche Gemeinwesen für Kultur ausgibt, stammt von den Städten. In den Städten hat Kultur eine besonders grosse Bedeutung. Der Städteverband bringt sich in der ganzen thematischen Breite der Kultur (von einzelnen Disziplinen bis hin zum Kulturerbe, kultureller Vielfalt und Teilhabe, Bau- und Soziokultur usw.) bei den diversen Akteuren und Akteurinnen auf der politischen und fachlichen Ebene ein.

Kulturbotschaft

Kulturpolitisch stand im letzten Jahr die Botschaft über die Förderung der Kultur 2025 bis 2028 im Vordergrund. Der Städteverband hat im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens eine ausführliche Stellungnahme abgegeben. Er begrüsst die Absicht des Bundesrates, sich strategisch neu auszurichten, weist aber auf die Gefahr hin, dass der finanzielle Rahmen zur Umsetzung der skizzierten Massnahmen nicht ausreicht. Die Städte als zentrale Akteurinnen setzen sich mit folgenden Schwerpunkten in der Kulturpolitik ein: bessere soziale Sicherheit von Kulturschaffenden, die Förderung neuer Formen der Kulturproduktion sowie eine neue Strategie zum Kulturerbe. Die vorgesehenen Förderinstrumente und Prioritäten des Bundes wirken sich auf Kantone und Städte aus. Eine gute Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen ist daher entscheidend.



NETZWERK

Städtekonferenz Kultur (SKK)

Die SKK ist eine Sektion des Städteverbandes und vereint die städtischen Kulturbeauftragten von 34 Städten. Sie bearbeitet kulturpolitische Fragestellungen, fördert den Erfahrungsaustausch sowie die Diskussion unter den Mitgliedern und ihren Kulturverantwortlichen. Ihr kommt somit eine Schlüsselrolle zu, da sie in Absprache mit dem Städteverband die Geschäfte des NKD auf der Fachebene vorbereitet. Die SKK betreibt in Genua, Belgrad, Kairo und Buenos Aires vier Auslandsateliers für Kulturschaffende.

2023 fanden zwei Delegiertenkonferenzen statt: Diejenige am 4. Mai integrierte im Anschluss zum ersten Mal ein Treffen mit den kantonalen Kulturbeauftragten. Es fanden Workshops zu den Themen Diffusion, Soziale Sicherheit sowie Rollenverteilung/Subsidiarität statt. In Zukunft wird ein solches Treffen jährlich stattfinden. Am 16. und 17. November traf sich die SKK in Schaffhausen. An dieser Konferenz wurde beschlossen, eine Charta für Künstlerinnen und Künstler in den Auslandsateliers zu erarbeiten. Die SKK wird das Forum Kultur & Ökonomie im Jahr 2024 weiter unterstützen. Bei der Behördenkonferenz am 30. Juni in Bern lag der Fokus unter der Leitung von SSV-Präsident Anders Stokholm in erster Linie auf der Kulturbotschaft. Die Konferenz ermöglichte einen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und der Taskforce Culture.





«Wir bringen Menschen zusammen.»

Kirthana Wickramasingam, Gemeinderätin von Bulle

Vernehmlassungen

Filmverordnung: 2022 nahm die Stimmbevölkerung das revidierte Filmgesetz an. Ein Jahr später reichte der Städteverband die Vernehmlassungsantwort zu dessen Ausführungsbestimmungen ein. Filmanbieter müssen künftig 4% ihrer Bruttoeinnahmen in das Schweizer Filmschaffen investieren, was unter anderem auch die in den Städten beheimatete Filmindustrie fördert. Der Städteverband unterstützt die Vorlage.

Reform des Urheberrechtsgesetzes: Der Städteverband begrüsst die Revision, die der Bundesrat im Mai in die Vernehmlassung schickte. Ein wichtiges Ziel der Reform: Medienunternehmen sollen Entschädigungen erhalten, wenn Onlinedienste (namentlich Suchmaschinen) deren journalistische Inhalte nutzen. Für die Städte ist diese Massnahme angezeigt, insbesondere die «angemessene Beteiligung» der Journalistinnen und Journalisten. Die Massnahmen stärken die unter finanziellen Druck geratenen journalistischen Leistungen, die für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar sind.

Nationaler Kulturdialog (NKD)

Der NKD ist seit 2011 die zentrale Austauschplattform für Bund, Kantone, Städte und Gemeinden zu kulturpolitischen Fragen und zu deren Koordination. 2023 traf sich der NKD zweimal, jeweils auf der fachlichen und politischen Ebene: Im Frühjahr standen die Berichte aus den drei Arbeitsgruppen «Nationale Strategie Kulturerbe», «Angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden» und «Ökologie im Kulturbereich» im Zentrum der Diskussionen. Beim zweiten Treffen im Herbst präsentierten die Beteiligten erste Resultate der Vernehmlassung der Kulturbotschaft 2025–2028. Zudem wurde die neue nationale Strategie zum Kulturerbe vorgestellt, die als eines von sechs Handlungsfeldern ebenfalls Teil der Kulturbotschaft 2025–2028 ist. ♦

A photograph of a park with a modern wooden pavilion, trees, and people walking in the foreground. The pavilion is a long, low structure with a flat roof and open sides, made of light-colored wood. It is situated on a grassy area. In the foreground, two people are walking past, their figures blurred due to motion. The background shows a line of trees and a hillside under a clear blue sky.

18. Juni 2023

Ja zu einer Ergänzungssteuer mit einer angemessenen Beteiligung der Städte. Das Stimmvolk sagt Ja zur OECD-Mindeststeuer. Der Städteverband hat sich dafür eingesetzt, dass die Städte an den Mehreinnahmen adäquat beteiligt werden.





Beat Feurer, Gemeinderat von Biel-Bienne

«Cybersecurity: Sensibilisierung allein reicht nicht aus.»

Weitere Themen

Digitalisierung und Smart City

Die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) gestaltet die strategische Steuerung und Koordination der Digitalisierungsaktivitäten von Bund, Kantonen und Gemeinden. Sie besteht nun seit zwei Jahren. Die Städte sind gut in ihre Arbeit eingebunden und die DVS nimmt regelmässig am Austausch der Arbeitsgruppe Digitalisierung teil. Die von den Städten angebrachten Wünsche werden in der Regel berücksichtigt.

Der nationale Adressdienst ist ein wichtiges Projekt für Städte und Gemeinden. Das nationale Parlament behandelt es seit 2023. Auf Antrag des SSV, des Schweizerischen Gemeindeverbandes (SGV) und des Verbandes Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED) fanden im Oktober Anhörungen in der staatspolitischen Kommis-

sion statt. Die Gemeindeebene erhielt dabei die Gelegenheit, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf die Anliegen der Städte aufmerksam zu machen. Sie fordern eine finanzielle Entschädigung für die zusätzliche Arbeit, die das neue System mit sich bringen wird.

Europapolitik

Im Dezember 2023 hat der Bundesrat den Entwurf eines Mandats für Verhandlungen mit der EU verabschiedet. Das Mandat enthält die Leitlinien für die Verhandlungen, zu denen der Städteverband 2024 Stellung nehmen wird. 2023 waren die Schweiz und die EU in Sondierungsgespräche verwickelt. Da die Städte in diesen Prozess kaum einbezogen wurden, wandte sich der Städteverband im März 2023 an den Bundesrat und bat ihn, die Verhandlungen rasch aufzunehmen. Darauf folgten drei Treffen: Delegationen des SSV trafen im Juni 2023 Staatssekretärin Livia Leu, im September Bundesrat Ignazio Cassis und im Dezember den stellvertretenden Staatssekretär Patric Franzen. Neben dem inhaltlichen Austausch erhielt der Städteverband die Zusicherung, in Zukunft regelmässig einbezogen zu werden. ♦



NETZWERK

Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD)

Die KSSD ist eine Sektion des Städteverbandes. Sie richtet sich an Mitglieder von Schweizer Stadtregierungen, die für die Bereiche Polizei und Sicherheit zuständig sind. Der urbane Sicherheitskongress ist jährlich ein fester und wichtiger Termin in der Agenda der KSSD: Am 3. November fand er zum Thema Drogen statt. Neben dem Problem der Sichtbarkeit von Cracksüchtigen in einigen Städten waren auch Alkohol, Cannabis und Partydrogen Themen des Kongresses.



PUBLIKATION

Smart City Survey

Der SSV hat die Arbeiten für den Smart City Survey 2022 der ZHAW unterstützt. Zweck dieser Umfrage ist es, den aktuellen Entwicklungsstand von Smart Cities, die Trends und Umsetzungsaktivitäten in den Schweizer Städten und Gemeinden zu evaluieren.





31. August 2023

Neue Bedürfnisse der Bevölkerung, Klimawandel, demografische Entwicklung: Die Städte sind herausgefordert, um die Lebensqualität ihrer Einwohnerinnen und Einwohner sicherzustellen. Am Städtetag in Aarau ging es deshalb bei den Vertreterinnen und Vertretern der Städte um genau solche Themen.

Öffentlichkeitsarbeit



Newsletter

Im Newsletter informiert der Städteverband unter anderem über seine politischen Positionen, über das politische Geschehen, teilt Neuigkeiten für das Fachpublikum, berichtet über Veranstaltungen und über das Neueste aus den Sektionen.



«focus» – das Online-Magazin des Schweizerischen Städteverbandes

Ein Thema wird fachlich vertieft beleuchtet und anhand von Best-Practice-Beispielen und Interviews von Exekutivmitgliedern aus Mitgliederstädten veranschaulicht.

Die Themen 2023:

- 01/2023: Barrierefreier ÖV
- 02/2023: Wohnungspolitik in den Städten
- 03/2023: Mobilität und öffentlicher Raum neu denken (focus zum Städtetag)
- 04/2023: Krisenmanagement
- 05/2023: Cybersicherheit
- 06/2023: Kultur und Integration



Tägliche Presseschau

Die täglich versandte Presseschau liefert auch 2023 den Mitgliedern zahlreiche Zeitungsartikel, die aus städtischer Sicht von Interesse sind.



Medienarbeit

Der SSV ist auch gegenüber den Medien Ansprechpartner für urbane Angelegenheiten. Er versandte 26 Medienmitteilungen. Die Mediendatenbank «Swissdox» listete für 2023 knapp 1000 Erwähnungen für «Städteverband» bzw. «Union des villes suisses». Die Anfragen waren thematisch vielfältig, ein Thema aber stach hervor:

- **Tempo 30** interessierte die Medien brennend. Der Städteverband forderte im Rahmen der Reform zum Umweltschutzgesetz (USG) mehr Autonomie, um Tempo 30 einzuführen (siehe Kapitel Stadtentwicklung), die SKM veröffentlichte ein Positionspapier (siehe Kapitel Verkehr und Mobilität).



PUBLIKATION

Statistik der Schweizer Städte

Die 84. Ausgabe des Jahrbuchs legte den Fokus auf das Thema «Bevölkerungsentwicklung im Laufe der Zeit».

Die Publikation erschien wie gewohnt in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik.





Veranstaltungen

Der Städteverband organisiert diverse Veranstaltungen oder ist Partner von Events. Er nimmt aktiv an Referaten oder Podiumsdiskussionen teil, an denen er seine Expertise einem interessierten Publikum vermittelt. Mitglieder des Städteverbandes profitieren häufig von vergünstigten Konditionen. 2023 war der Städteverband an insgesamt 19 Veranstaltungen Partner oder Patronatspartner, so z. B. vom Swiss Smart

Government Day, dem Aggloforum, den Schweizer Wohntagen und vielen mehr.

An der Fachveranstaltung «SSV-Info» werden aktuelle Themen in einem persönlichen Rahmen vertieft behandelt, exklusiv und unentgeltlich für Mitglieder. Das «SSV-Info» fand am 11. Dezember zum Thema «Gute Betreuung im Alter in der Stadt» statt und war ein grosser Erfolg. ♦

10 versandte Newsletter

26 Medienmitteilungen

358 Presseschauen

6 Ausgaben des
Online-Magazins «focus»



11. September 2023

Die letzte Ausgabe der Textserie «175 Jahre Bundesverfassung und die Rolle der Städte» erscheint. Dies war ein Beitrag des Städteverbandes zum 175-jährigen Jubiläum der Bundesverfassung. Expertinnen und Experten beleuchten darin die Rolle der Städte für die Gründung der modernen Schweiz.

Politische Interessenvertretung

Der Städteverband vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden in der Bundespolitik. Einerseits pflegt er sein Netzwerk mit der Bundesverwaltung durch zahlreiche Treffen auf Fach- oder Direktionsebene, andererseits bringt er sich aktiv im Parlament ein. Er vertritt seine Positionen mit Schreiben an die Kommissions- und Parlamentsmitglieder, indem er an Hearings der vorberatenden Kommissionen teilnimmt und den persönlichen Kontakt zu den Parlamentarierinnen und Parlamentariern pflegt.

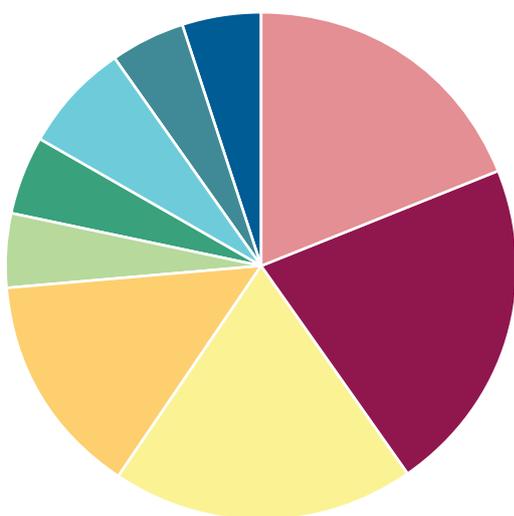
An der «table urbaine» treffen sich SSV-Vertreter mit Parlamentsmitgliedern. Sie fand 2023 während der Frühlings- und während der Herbstsession statt. Der Städteverband organisierte zusammen mit dem Schweizerischen Gemeindeverband zwei Treffen der parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik: im Frühling zum indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative und im September zur Wohnungsknappheit.

Sessionsvorschau

Für alle vier Sessionsen veröffentlichte der SSV eine Sessionsvorschau zuhanden der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Diese ging auch an seine Mitglieder, Medienschaaffende und weitere interessierte Kreise. Die Sessionsvorschau beinhaltet die Haltung des Städteverbandes zu ausgewählten Geschäften, die für die urbane Schweiz bedeutend sind.

Vernehmlassungen

Der Städteverband nahm 2023 an insgesamt 42 Vernehmlassungen teil. ♦



Thematische Übersicht der 42 Vernehmlassungen

- Finanzen und Wirtschaft (8)
- Verkehr (9)
- Sozialpolitik und Migration (8)
- Energie und Umwelt (6)
- Kultur (2)
- Bildung (2)
- Sicherheitspolitik (3)
- Digitalisierung (2)
- Weitere Themen (2)





29. September 2023

In der Schlussabstimmung nimmt das Parlament das Bundesgesetz zur sicheren Stromversorgung mit erneuerbaren Energien an. Der Städteverband hat sich dafür stark gemacht: Um die Stromversorgung zu sichern und gleichzeitig die Klimaziele nicht zu gefährden braucht es gerade auch für die Städte einen substanziellen Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Referendumsabstimmung folgt 2024.

Der SSV 2023

Podcast: Der Städteverband
im Gespräch:



Städtetag in Aarau

Ein Höhepunkt im Jahr des Städteverbandes ist der alljährliche Städtetag: Neben der formellen Generalversammlung wird jeweils ein Thema zusammen mit zahlreichen hochkarätigen Fachpersonen vertieft. Daneben bleibt an der zweitägigen Veranstaltung Platz, um das Netzwerk zu pflegen und die Gastgeberstadt kennenzulernen. Der Anlass 2023 fand am 31. August und 1. September in Aarau unter dem Motto «Mobilität und öffentlicher Raum neu denken» statt.

Die Vertreterinnen und Vertreter aus Städten und weitere Fachpersonen tauschten sich unter anderem darüber aus, wie eine Umgestaltung des öffentlichen Raumes aussehen könnte. Im Umgang mit verschiedenen Anforderungen erleben die Städte einen Perspektivenwechsel: Strassen und Plätze werden nicht mehr in erster Linie auf eine autozentrierte Lebensweise ausgerichtet oder als Verkehrsflächen gesehen. Sondern als Orte mit Funktionen, bei denen der Mensch im Vordergrund steht und verschiedenen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aktivitäten nachgeht. Eine Umgestaltung des öffentlichen Raumes bedingt einen Gestaltungswillen der Städte und veränderte Planungsprozesse. Gast in Aarau war unter anderem Bundesrat Albert Rösti.

Podcast: Der Städteverband im Gespräch

2023 lancierte der Städteverband den Podcast «Der Städteverband im Gespräch». Die vier ersten Folgen waren am «Am Puls der Agglomerationen». Die Gastgeberin Nicoletta Cimmino führte Gespräche mit Persönlichkeiten aus der Politik, der Wissenschaft und der Raumplanung.

- **Folge 1 mit Philippe Koch**, Professor an der ZHAW mit Schwerpunkt Stadtpolitik und urbane Prozesse: Was sind Agglomerationen?
- **Folge 2 mit Ariane Widmer**, Stadtplanerin beim Kanton Genf: Die Raumplanung in der Agglomeration (französisch)
- **Folge 3 mit Thomas Iten**, Gemeindepräsident von Ostermundigen: Wohnen in der Agglomeration?
- **Folge 4 mit Benoît Ziegler**, Verkehrsingenieur SVI: Mobilität in der Agglomeration (französisch)

Vorstandsmitglied wird Bundesrat

Der Städteverband konnte im Dezember 2023 seinem damaligen Vorstandsmitglied und Basler Regierungsratspräsidenten Beat Jans zu seiner Wahl in den Bundesrat gratulieren. Der Städteverband wünscht ihm viel Erfolg in seiner neuen Funktion.

Mutationen auf der Geschäftsstelle

Im Mai 2023 hat Flora Senften die Projektleitung des Netzwerks Lebendige Quartiere von Dominik Blumenthal übernommen. In dieser Funktion ist sie auch zuständig für die Themen Öffentlicher Raum und Wohnen. ♦



PUBLIKATION

175-jähriges Jubiläum der Bundesverfassung

Die Bundesverfassung der Schweiz feierte ihr 175-jähriges Bestehen. Zu diesem Anlass produzierte der Städteverband eine Textreihe. In der sechsteiligen Serie beleuchten Expertinnen und Experten die wichtige Rolle der Städte für die Gründung des modernen Bundesstaates und für die Entwicklung der Schweiz.



Netzwerk

Der Städteverband bietet seinen Mitgliedern eine vielfältige und breite Palette an Plattformen, um sich fachlich auszutauschen oder politisch einzubringen.

Sektionen

Als rechtlich selbständige Organisationen befassen sich die Sektionen des Städteverbandes mit spezifischen Fragestellungen in ihrem Fachbereich. Sie erarbeiten z.B. fachliche Grundlagen und politische Positionen und bringen sich – in Absprache mit dem SSV – aktiv in den politischen Prozess ein.

- Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSF)
- Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD)
- Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI)
- Städteinitiative Bildung
- Städteinitiative Sozialpolitik
- Städtekonferenz Mobilität (SKM)
- Städtekonferenz Kultur (SKK)

Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die Kommissionen und ständigen Arbeitsgruppen (AG) des Städteverbandes dienen der internen Meinungsbildung und dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern des Städteverbandes. Sie werden aus verantwortlichen Exekutivmitgliedern oder aus Fachpersonen der Verwaltung der Mitgliederstädte gebildet.

- AG Digitalisierung
- AG Geoinformation SSV
- AG Kommunikation
- AG Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus
- AG Städtische Integrationsdelegierte
- AG Städtisches Nachtleben
- AG Stadtplanung
- Energie- und klimapolitische Kommission
- Fachgruppe Stadt- und Gemeindeingenieure
- Netzwerk altersfreundlicher Städte
- Netzwerk Lebendige Quartiere
- Interessengemeinschaft Grosse Kernstädte
- Statistikkommission
- Zentrum öffentlicher Raum (ZORA) ♦

Organe

Vorstand

Anders Stokholm	Präsident, Stadtpräsident Frauenfeld
Sami Kanaan	Vizepräsident, Stadtrat Genf
Corine Mauch	Vizepräsidentin, Stadtpräsidentin Zürich

Bruno Arrigoni	Stadtpräsident Chiasso
Barbara Horlacher	Frau Stadtammann Brugg
Grégoire Junod	Stadtpräsident Lausanne
Michael Künzle	Stadtpräsident Winterthur
Philipp Kutter	Stadtpräsident Wädenswil
Raphael Lanz	Stadtpräsident Thun
Urs Marti	Stadtpräsident Chur
Franziska Stadelmann	Gemeindepräsidentin Muttenz
Thierry Steiert	Stadtammann Freiburg
Philippe Varone	Stadtpräsident Sion
Alec von Graffenried	Stadtpräsident Bern
Mélanie Wyss	Stadtpräsidentin Morges

Geschäftsstelle

Martin Flügel	Direktor
Véronique Bittner-Priez	Vize-Direktorin, Energie- und Klimapolitik
Monika Litscher	Vize-Direktorin, Stadtentwicklung

Dominik Bela Ribeiro	Praktikant
Nathanaël Bruchez	Verkehrspolitik, Digitalisierung
Franziska Ehrler	Sozial- und Gesellschaftspolitik
Michael Felber	Finanz- und Wirtschaftspolitik
Christina Grab	Administration
Valeria Lucentini	Kulturpolitik, Statistik
Marc Moser	Kommunikation
Maja Münstermann	Administration
Barbara Santschi-Hutzli	Direktionsstab, Raumentwicklung
Flora Senften	Netzwerk Lebendige Quartiere, öffentlicher Raum

Kontrollstelle

Blaser Treuhand AG	Bern
---------------------------	------

Stand am 31. Dezember 2023



24. Oktober 2023

Die erste Folge des Podcasts «Der Städteverband im Gespräch» erscheint. Der Städteverband produzierte insgesamt vier Pilotfolgen «Am Puls der Agglomerationen».

Jahresrechnung

Erfolgsrechnung

	2023		2022	
	CHF	%	CHF	%
Ertrag				
Mitgliederbeiträge	2 210 820.80		2 161 662.20	
Verwaltungskostenbeiträge	198 966.20		198 966.20	
Projekte und übrige Erträge	190 222.20		193 457.84	
Total Ertrag	2 600 009.20	100	2 554 086.24	100
Aufwand				
Vorstand/Sitzungen/Kommissionen	106 770.94	-4,1	104 047.90	-4,1
Sachaufwand	792 889.45	-30,5	801 482.56	-31,4
Personalaufwand	1 719 760.10	-66,1	1 664 723.47	-65,2
Total Betriebsaufwand	-2 619 420.49	-100,7	-2 570 253.93	-100,6
Ausserordentlicher Erfolg	9 867.20	0,4	22 897.15	0,9
Jahreserfolg	-9 544.09	-0,4	6 729.46	0,3

Bilanz

	2023		2022	
	CHF	%	CHF	%
AKTIVEN				
Umlaufvermögen				
Flüssige Mittel	284 663.20		2 980 932.86	
Forderungen aus Lieferungen/Leistungen	9 569.47		2 000.00	
Übrige kurzfristige Forderungen	71 015.37		71 179.97	
Aktive Rechnungsabgrenzung	81 673.46		76 770.00	
	446 921.50	13,9	3 130 882.83	97,9
Anlagevermögen				
Finanzanlagen	2 765 976.95		65 749.45	
Sachanlagen	1.00		2.00	
	2 765 977.95	86,1	65 751.45	2,1
Bilanzsumme	3 212 899.45	100	3 196 634.28	100
PASSIVEN				
Fremdkapital				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen/Leistungen	96 368.75		33 931.79	
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	220 715.76		243 994.81	
Passive Rechnungsabgrenzungen	113 624.25		103 972.90	
Total Fremdkapital kurzfristig	430 708.76		381 899.50	
Rückbehaltene Sachkosten	1 313 000.00		1 336 000.00	
Total Fremdkapital Langfristig	1 313 000.00		1 336 000.00	
	1 743 708.76	54,3	1 717 899.50	53,7
Eigenkapital	1 469 190.69	45,7	1 478 734.78	46,3
Bilanzsumme	3 212 899.45	100	3 196 634.28	100

Anhang

A) Angaben über die in der Jahresrechnung angewandten Grundsätze:

Die vorliegende Jahresrechnung wurde gemäss des Schweizer Gesetzes, insbesondere der Artikel über die kaufmännische Buchführung und Rechnungslegung des Obligationenrechts (Art. 957 bis 962) erstellt.

B) Aufschlüsselung und Erläuterungen zu Positionen der Erfolgsrechnung und Bilanz:

Unsere Erfolgsrechnung sowie Bilanz wurden detailliert gegliedert und alle wesentlichen Positionen offen ausgewiesen.

BLASER
TREUHAND
BERN

Schweizerischer Städteverband
Monbijoustrasse 8
3001 Bern

BLASER TREUHAND AG
SCHWARZENBURGSTR. 265
CH-3056 KÖNIG BERN

Telefon 031 372 11 11
Telefax 031 371 45 18
bb@treuhandbern.ch
www.treuhandbern.ch

König, 30. April 2024

Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision

an die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Städteverbandes, Bern.

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) des Schweizerischen Städteverbandes für das am 31. Dezember 2023 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen. Eine Mitarbeitende unserer Gesellschaft hat im Berichtsjahr bei der Buchführung mitgewirkt. An der eingeschränkten Revision war Sie nicht beteiligt.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht.

Blaser Treuhand AG



Roger Nietlisbach
Dipl. Wirtschaftsprüfer
Zugel. Revisionsexperte
Leitender Revisor



Jürg Zahler
Dipl. Experte in
Rechnungsliegung
und Controlling
Zugel. Revisionsexperte

Beilage Jahresrechnung

KOMPETENZ IM ZENTRUM

Mitglied des Schweizerischer
Treuhanderverbandes
TREUHAND | SUISSE

6. Dezember 2023

Der Ständerat beschäftigte sich mit einem der wichtigsten Geschäfte des Jahres: dem Umweltschutzgesetz. Die Städte setzen sich dafür ein, dass der Lärm an der Quelle reduziert wird. So lässt sich die Stadtentwicklung vorantreiben, ohne die Lebensqualität einzuschränken.



Mitglieder

Aarau	Kloten	Rorschach
Adliswil	Köniz	Rüti ZH
Aesch BL	Kreuzlingen	Sarnen
Affoltern am Albis	Kriens	Schaffhausen
Aigle	Küsnacht ZH	Schlieren
Altdorf	La Chaux-de-Fonds	Schwyz
Altstätten	La Neuveville	Siders
Amriswil	La Tour-de-Peilz	Sitten
Appenzell	Lancy	Solothurn
Arbon	Langenthal	Spiez
Arosa	Lausanne	St. Gallen
Baden	Le Grand-Saconnex	St. Moritz
Basel	Le Locle	Stäfa
Bassersdorf	Lenzburg	Steffisburg
Bellinzona	Liestal	Sursee
Bern	Locarno	Thalwil
Biel-Bienne	Lugano	Thun
Binningen	Luzern	Urdorf
Birsfelden	Lyss	Uster
Brig-Glis	Martigny	Uzwil
Brugg	Meilen	Vaduz
Buchs SG	Meyrin	Vernier
Bülach	Monthey	Versoix
Bulle	Montreux	Vevey
Burgdorf	Morges	Villars-sur-Glâne
Bussigny	Moutier	Wädenswil
Carouge	Münsingen	Wallisellen
Chiasso	Murten	Weinfelden
Chur	Muttenz	Wettingen
Delsberg	Neuenburg	Wetzikon ZH
Dietikon	Nyon	Wil SG
Dübendorf	Olten	Willisau
Emmen	Onex	Winterthur
Frauenfeld	Opfikon	Wohlen
Freiburg	Ostermundigen	Worb
Freienbach	Payerne	Yverdon-les-Bains
Genf	Plan-les-Ouates	Zofingen
Gland	Prilly	Zuchwil
Glarus	Pully	Zug
Gossau SG	Rapperswil-Jona	Zürich
Grenchen	Regensdorf	
Herisau	Reinach BL	Gemeindepräsidentenverband Kanton Zürich (ohne Stimmrecht)
Horgen	Renens VD	
Illnau-Effretikon	Rheinfelden	
Interlaken	Riehen	Trägerverein Energiestadt (Gönnermitglied)
Ittigen	Romanshorn	

